

2004 / Nr. 17

## **HARTZ IV Im Westen Zustimmung zu Ein-Euro-Jobs, im Osten Ablehnung**

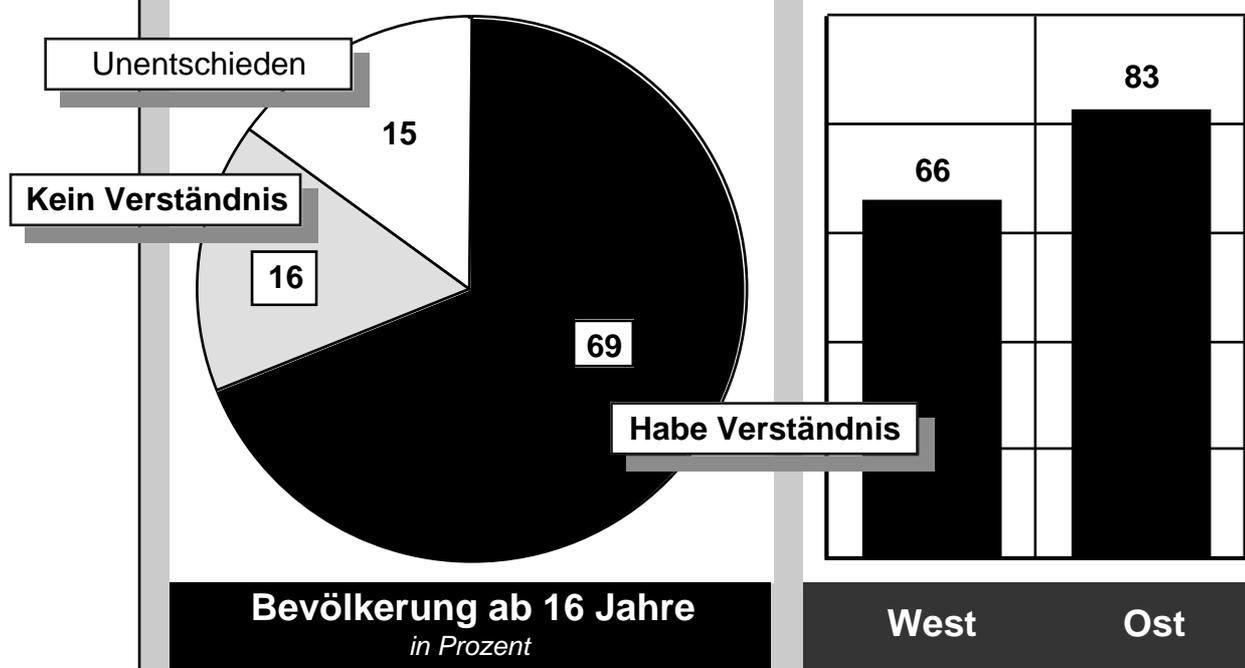
Allensbach am Bodensee, Mitte September 2004 - Die Diskussion um Hartz IV wird von einem Großteil der Bevölkerung aufmerksam verfolgt. Die meisten Deutschen (73 Prozent - im Osten sogar 82 Prozent) sehen in Hartz IV einen "tiefen Einschnitt in den Sozialstaat". Daß nun schon seit Wochen gegen Hartz IV in den sogenannten Montagsdemonstrationen protestiert wird, ist deshalb für die Mehrheit nachvollziehbar. 69 Prozent sagen, daß sie für die Proteste und Demonstrationen gegen das Hartz IV-Gesetz Verständnis haben - 66 Prozent in Westdeutschland und 83 Prozent in Ostdeutschland.

[www.ifd-allensbach.de](http://www.ifd-allensbach.de)  
Porträt des Instituts - Leistungsspektrum - Aktuelle Studien

Belege an  
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, 78472 Allensbach am Bodensee

## Verständnis für Montagsdemonstrationen

FRAGE: "In letzter Zeit gab es ja einige Proteste und Demonstrationen gegen das Hartz IV-Gesetz. Haben Sie für diese Proteste alles in allem Verständnis oder kein Verständnis?"



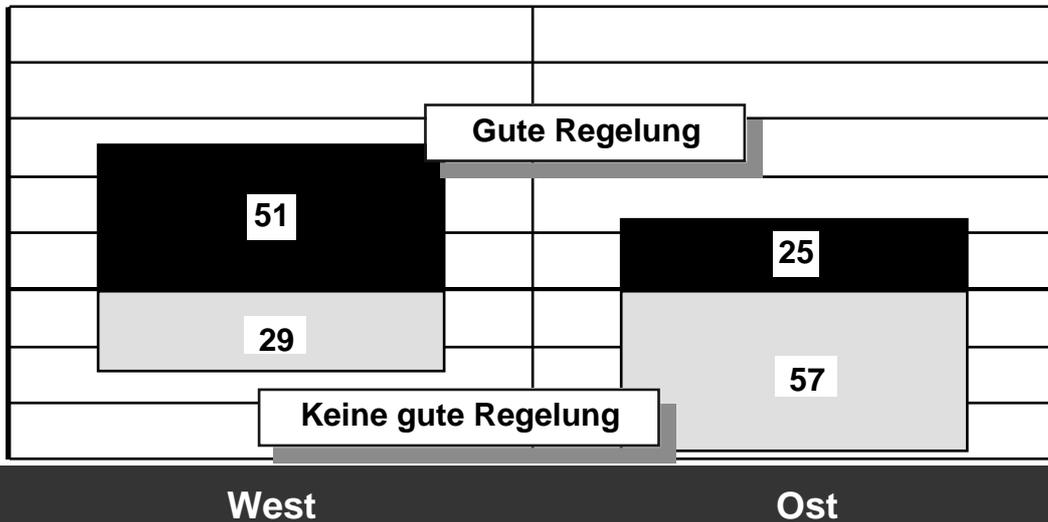
QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7060, August/September 2004

Die Teilnahme an diesen Demonstrationen wird allerdings von Mal zu Mal schwächer. Das mag daran liegen, daß sich inzwischen auch mehr und mehr Menschen über die konkreten Inhalte des Arbeitsmarktreformgesetzes informiert haben und manches darin nachvollziehen können. Im Westen zumindest findet mehr als jeder zweite aus der Bevölkerung (51 Prozent) die sogenannte Ein-Euro-Job-Regelung gut. Widerspruch gegen diese Regelung, nach der ein Arbeitsloser zusätzlich zum Arbeitslosengeld für ein oder zwei Euro die Stunde gemeinnützig arbeiten soll, gibt es mehrheitlich jedoch in Ostdeutschland (57 Prozent).

Im Westen halten es die meisten Menschen (58 Prozent) auch für zumutbar, daß denjenigen, die solche Ein-Euro-Jobs ablehnen, das Arbeitslosengeld gekürzt werden kann. Die meisten Menschen in Ostdeutschland dagegen (55 Prozent) finden, daß der Druck, den der Staat mit einer solchen Bestimmung auf Arbeitslose ausübt, zu weit geht.

## Ein-Euro-Jobs - gute Regelung?

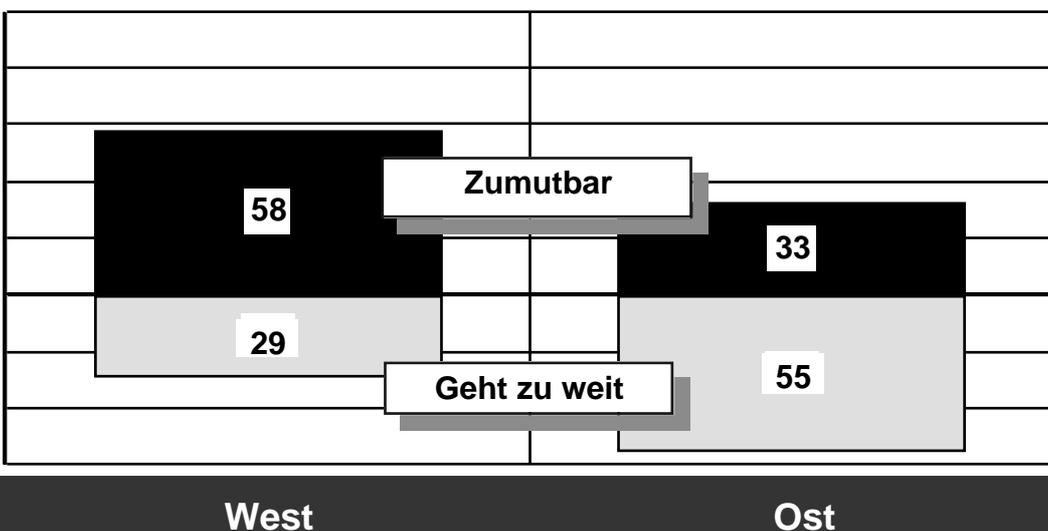
FRAGE: "Im Rahmen des Hartz IV-Gesetzes plant die Bundesregierung, daß Arbeitslosen, die keine Arbeit finden, sogenannte Ein-Euro-Jobs angeboten werden sollen. Dabei handelt es sich um gemeinnützige Tätigkeiten, für die der Betreffende ein bis zwei Euro pro Stunde zusätzlich zum Arbeitslosengeld erhält. Finden Sie, das ist alles in allem eine gute oder keine gute Regelung?"



QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7060, August/September 2004

## Ein-Euro-Jobs - Zumutbar?

FRAGE: "Im Rahmen des Hartz IV-Gesetzes plant die Bundesregierung, daß Arbeitslosen, die keine Arbeit finden, sogenannte Ein-Euro-Jobs angeboten werden sollen. Dabei handelt es sich um gemeinnützige Tätigkeiten, für die der Betreffende ein bis zwei Euro pro Stunde zusätzlich zum Arbeitslosengeld erhält. Wer eine solche Arbeit ablehnt, dem kann das Arbeitslosengeld gekürzt werden. Würden Sie sagen, das ist zumutbar, oder geht das zu weit?"



QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7060, August/September 2004

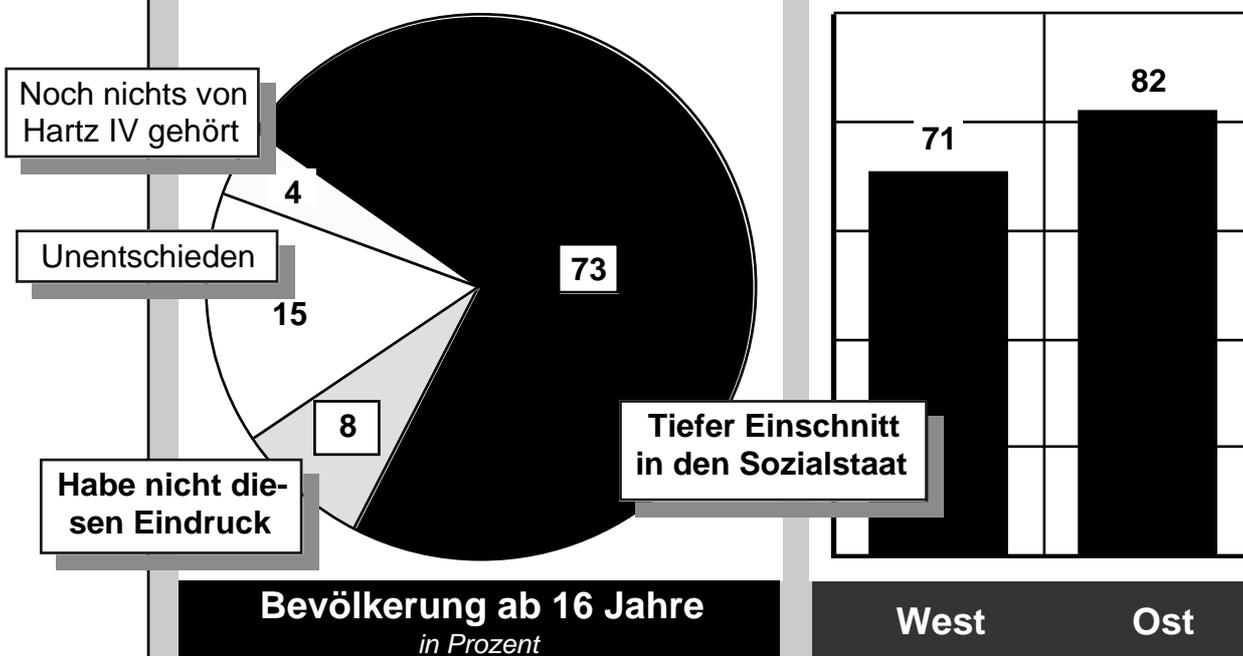
## TECHNISCHE DATEN FÜR DIE REDAKTION

Anzahl der Befragten:	1223
Repräsentanz:	Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Zeitraum der Befragung:	26. August bis 6. September 2004
Archiv-Nummer der Umfrage:	7060

### Hartz IV - Tiefer Einschnitt in den Sozialstaat

FRAGE: "Kürzlich wurde die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beschlossen, das sogenannte 'Hartz IV-Gesetz'. Haben Sie davon gehört, oder hören Sie das jetzt zum ersten Mal?"

FRAGE: "Wie ist Ihr Eindruck: Bedeutet dieses Gesetz einen tiefen Einschnitt in unseren Sozialstaat, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"



QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7059, August 2004